



ZENTRUM

Deutsche Zentrumspartei
Älteste Partei Deutschlands - gegründet 1870

Gerhard Woitzik
Kreistagsabgeordneter

Straberger Weg 12
41542 Dormagen

Telefon: (02133) 9 12 31
<http://www.deutschezentrumspartei.eu>
gerhard.woitzik@zentrumspartei.eu

Haushaltsrede
zum Kreishaushalt 2010
10. März 2010

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Zentrumspartei stimmt dem Haushalt 2010 zu; dennoch möchte ich zum Verfahren bei der Aufstellung dieses Haushaltes und zu einigen Haushaltspositionen ein paar kritische Anmerkungen vortragen:

Die Vorgehensweise des Rhein-Kreises Neuss gegenüber seinen acht kreisangehörigen Städten und Gemeinden bezüglich der Festsetzung der Kreisumlage für 2010 hält die Zentrumspartei angesichts der bisher schlimmsten Finanzkrise in diesen Kommunen gelinde gesagt für äußerst bedenklich, zumal sie davon ausgegangen sind, dass die Kreisumlage für 2010 nicht erhöht werden würde.

Ein solcher Wunsch ist auch sehr deutlich von den Bürgermeistern im Beteiligungsverfahren bei der Aufstellung des Haushalts zum Ausdruck gebracht worden.

Überdies hatten die Städte und Gemeinden des Rhein-Kreises Neuss darauf gehofft, dass das Defizit im Kreishaushalt in Höhe von 15 Mio. Euro ausschließlich durch den Rückgriff auf die Ausgleichsrücklage ausgeglichen werde.

Immerhin beläuft sich die Ausgleichsrücklage des Rhein-Kreises Neuss derzeit auf 32,1 Mio. Euro.

Nach Abdeckung des Defizits von 15 Mio. Euro würde die Ausgleichsrücklage aber immerhin noch einen Bestand von 17,1 Mio. Euro aufweisen.

Für die Zentrumspartei ist deshalb die Forderung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden durchaus nachvollziehbar, da sie selbst ihre eigene Ausgleichsrücklage zum Ausgleich ihres Haushaltes aufgebraucht beziehungsweise zur Minderung ihrer jeweiligen Defizite in Anspruch genommen haben.

Die kreisangehörigen Städte und Gemeinden sind verständlicherweise darüber enttäuscht, dass der Rhein-Kreis Neuss, dessen Haushalt im klassischen Sinne „umlagefinanziert“ ist, sich ihnen gegenüber als hartnäckig erweist und von Jahr zu Jahr die Kreisumlage als Instrument für den Haushaltsausgleich einsetzt.

Nach Auffassung der Zentrumspartei belastet aber diese Vorgehensweise die vom Kreistag immer wieder hochbeschworene gute Zusammenarbeit zwischen dem Rhein-Kreis Neuss und seinen ihm angehörenden Städte und Gemeinden.

Der Landrat und seine Koalition aus CDU und FDP hätten sich aber keinen Zacken aus ihrer Krone gebrochen, wenn sie mehr Verständnis für die von der Finanzkrise hart getroffenen Städte und Gemeinden aufgebracht und in diesem Jahr ganz auf die Erhöhung der Kreisumlage verzichtet hätten.

Damit wäre deren Ausgabenlast um rund 5.264.000,00 Euro gemindert worden.

Zum Beispiel die Stadt Dormagen hätte bei einem solchen Verzicht rund 670.000,00 Euro weniger aufbringen müssen.

Übrigens hätte es im Kreishaushalt 2010 noch eine andere Möglichkeit gegeben, den Haushaltsausgleich herbeizuführen:

In 2007 hat der Rhein-Kreis Neuss nämlich einen Jahresüberschuss von 7.176.000,00 Euro und in 2008 von 3.031.000,00 Euro erwirtschaftet.

Die Gesamtsumme von 10.207.000,00 Euro entspricht fast exakt einem Prozentpunkt der Kreisumlage.

Die Inanspruchnahme dieser Summe - zusammen mit einer Entnahme aus der Ausgleichsrücklage von 5 Mio. Euro – hätte den Haushaltsausgleich 2010 möglich gemacht.

Ein noch viel besseres Model hätte bei den Städten und Gemeinden des Rhein-Kreises Neuss sicherlich helle Begeisterung ausgelöst, wenn der Kreis neben der vollen Deckung des

Defizits aus der Ausgleichsrückgabe die Jahresüberschüsse aus 2007 und 2008 sogar zur Senkung der Kreisumlage um einen Prozentpunkt eingesetzt hätte.

Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens haben die Städte und Gemeinden – leider jedoch erfolglos - ihr Unverständnis darüber zum Ausdruck gebracht, dass der Kreis die Jahresüberschüsse von 10.207.000,00 Euro der allgemeinen Rücklage zugeführt hat, die derzeit einen Bestand von 82 Mio. Euro aufweist.

Nach unserer Auffassung gab es keinen Anlass dafür, diese äußerst hohe Rücklage noch weiter aufzustocken.

Insoweit hält es die Zentrumsparterie für sehr bedauerlich, dass der Rhein-Kreis Neuss die Jahresüberschüsse, die im wesentlichen auch aus der Zahlung der Kreisumlage herrühren, aber für sich selbst beansprucht.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass auch bei der Aufstellung des Haushaltsplanes für 2010 der Einfluss der Städte und Gemeinden im Beteiligungsverfahren – wie auch in den Vorjahren - wirkungslos geblieben ist.

Es ist bedauerlich, dass der seit den Kommunalwahlen vom 30.08.2009 von einer Koalition aus CDU und FDP regierte Rhein-Kreis Neuss mit seiner erneuten Brückierung der Städte und Gemeinden das Verhältnis zwischen ihnen und dem Rhein-Kreis Neuss noch weiter belastet.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Zentrumsparterie ist sehr enttäuscht darüber, dass der Landschaftsverband Rheinland seinen Haushaltsplan 2010 erst im Juni diesen Jahres verabschieden will.

Erst zu diesem Zeitpunkt würde also die Höhe der Landschaftsumlage feststehen.

Es ist deshalb nur zu hoffen, dass es hinsichtlich der Höhe dieser Umlage für den Rhein-Kreis Neuss keine negativen Überraschungen geben wird.

Eine so verspätete Verabschiedung des Haushalts 2010 durch den Landschaftsverband Rheinland sollte nun im Hinblick auf die Planungssicherheit für die kreisfreien Städte und Kreise wirklich eine Ausnahme bleiben.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Verschlechterung der Finanzlage in fast allen Gebietskörperschaften muss zwangsläufig zu Überlegungen darüber führen, inwieweit die Aufgabenerledigung von Städten und Gemeinden einerseits und den Kreisen andererseits im gegenseitigen Einvernehmen umstruktuiert werden könnte.

Hier und da zeigen sich bereits Tendenzen für eine stärkere Kooperation zwischen Kreisen und Gemeinden, die die Nutzung von Einsparmöglichkeiten zum Ziele haben.

Die Zentrumsparterie kann sich z. B. vorstellen, dass der Rhein-Kreis Neuss und die ihm angehörenden Städte und Gemeinden sich zu einer Beschaffungsgemeinschaft zusammenschließen, um günstigere Einkaufsmöglichkeiten zu nutzen.

Auch sollte sich der Rhein-Kreis Neuss tatsächlich einmal mit dem Aufgabenbereich „Bau, Betrieb und Unterhaltung von Kreisstraßen“ befassen.

In diesem Bereich werden jährlich rund 10 Mio. Euro ausgegeben.

Es wäre deshalb interessant zu erfahren, ob es hier nicht auch Möglichkeiten für Einsparungen gibt.

Die Kreisverwaltung sollte in Erfahrung bringen, ob es bei anderen Kreisen bereits andere Modelle für die Erledigung dieser Aufgaben gibt.

Es erscheint aber auch angebracht, der Frage nachzugehen, inwieweit es sinnvoll wäre, diese Aufgaben dem Landesbetrieb Straßenbau NRW zur Erledigung zu übertragen.

Vielleicht führen solche Untersuchungen sogar zu der Erkenntnis, dass diese Aufgaben von der privaten Wirtschaft wesentlich kostengünstiger erledigt werden können.

Es sollte aber auch überprüft werden, inwieweit Kreisangelegenheiten in den Bürgerbüros der Städte und Gemeinden vorteilhafter erledigt werden könnten.

Hier könnte nicht nur mehr Bürgernähe praktiziert werden, sondern hier gäbe es sicherlich auch Chancen für die Einsparung von Kosten.

Durch eine solche Lösung würden aber nicht nur die Aufwendungen der Bürger für Fahrten nach Neuss beziehungsweise nach Grevenbroich entfallen, sondern im Hinblick auf die Nutzung von Pkw's würde auch die Umweltbelastung vermindert.

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Zentrumsparterie ist sich ganz sicher, dass die Umsetzung der kürzlich beschlossenen Einstellung eines neuen Dezernenten bei der Kreisverwaltung bei der Bevölkerung auf Unverständnis stoßen muss.

Es ist kaum jemandem zu vermitteln, dass sich der Rhein-Kreis Neuss ausgerechnet in der schlimmsten Finanzkrise einen Kostenaufwand von rund 200.000,00 Euro pro Jahr – für den Dezernenten und dessen Sekretariat - leistet.

Hinzu kommt noch ein fader Beigeschmack:

Diese Stelle wird der FDP zugerechnet. Insoweit stellt sich die Frage, ob die Besetzung dieses Postens in Wirklichkeit auch dem tatsächlichen Bedarf geschuldet und nicht vorrangig auf eine FDP-Forderung im Koalitionsvertrag zurückzuführen ist.

Zur Zeit ist die Politik nämlich wegen Spendenmissbrauchs einflussreicher Politiker erneut in Verruf geraten.

Gerade deshalb hätten CDU und FDP bei der Einstellung eines neuen Dezernenten mehr Fingerspitzengefühl entwickeln müssen.

Aber vielleicht ist ja die Umsetzung dieser Personalie noch zu stoppen.

Darüber würde sich sicherlich nicht nur die Zentrumsparterie freuen.

Zum Schluss meiner Ausführungen möchte ich mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit bedanken.